

Weltbiodiversitätsrat: 7.300 Milliarden US-Dollar fließen jährlich in naturzerstörende Geschäfte

Aktueller Bericht bestätigt die Kritik der Umweltorganisation nature solidarity an der zerstörerischen Agrarpolitik Deutschlands und der EU

Berlin, 11. Februar 2026

Laut dem Bericht „**Biodiversität und Wirtschaft**“ des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) vom 8. Februar 2026 flossen im Jahr 2023 weltweit rund **7,3 Billionen US-Dollar** – das sind 7.300 Milliarden – in wirtschaftliche Aktivitäten, die der Natur und der biologischen Vielfalt schaden. Demgegenüber standen lediglich **220 Milliarden US-Dollar** für den Schutz und die nachhaltige Nutzung von Biodiversität zur Verfügung– **nur 3 Prozent** der zerstörerischen Geldflüsse.

Für Matthias Wolfschmidt, Geschäftsführer von **nature solidarity**, offenbaren diese Zahlen das strukturelle Versagen der globalen Wirtschafts- und Agrarpolitik: „Naturausbeutung und Umweltzerstörung sind noch immer das herrschende Geschäftsmodell der Weltwirtschaft.“

Rund **zwei Drittel der schädlichen Finanzströme oder rund 4.900 Milliarden US-Dollar jährlich** stammen aus privaten Investitionen. „Das ist schlimm genug“, so Wolfschmidt, „aber noch schlimmer ist, dass etwa **2.400 Milliarden US-Dollar** aus öffentlichen Töpfen wie den zum großen Teil umweltschädlichen Agrarsubventionen der EU stammen. Es ist doch verrückt, Steuergelder der Bürger dafür zu verwenden, ihre Lebensgrundlagen langsam, aber sicher zu zerstören.“

Wie der IPBES kritisiert auch **nature solidarity** das Fehlen wirksamer finanzieller Anreize und Sanktionen, um diese Fehlsteuerung von Kapital zu korrigieren. Unternehmen würden negative Auswirkungen ihres Handelns auf die biologische Vielfalt häufig nicht einpreisen. Stattdessen förderten staatliche Subventionen und politische Rahmenbedingungen vielfach Geschäftsmodelle, die Naturausbeutung und Umweltzerstörung begünstigen – unterstützt durch intensive Lobbyarbeit von Wirtschaftsverbänden.

nature solidarity fordert deshalb die konsequente Anwendung des „polluter pays principle“ (Verursacherprinzip), also die Einbeziehung der Reparaturkosten von Umweltschäden in die Kostenkalkulation aller Wirtschaftsakteure, sowie die Abschaffung aller umweltschädlichen Subventionen der öffentlichen Hand.

Auch die EU-Agrarpolitik bedürfe einer grundlegenden Neuausrichtung. **nature solidarity** fordert Anreize für den Schutz von Biodiversität, Klima und Boden, unter anderem durch die EU-weite Bepreisung von Pestiziden, Mineraldüngern und agrarischen CO₂-Emissionen sowie durch Umweltzölle zum Schutz heimischer Produzenten.

Quelle: IPBES-Report „Biodiversity and Business“, siehe insbesondere „Key Message 2“ (S. 5)

<https://ipbes.canto.de/v/IPBES12Media/album/QH93L?viewIndex=0&display=fitView&column=document&id=cbeurbkq7t5vpc6fs2v9kbp75a&origin=classic>

PRESSEMITTEILUNG

Kontakt:

Matthias Wolfschmidt, geschäftsführender Vorstand

+49 (0) 177-3066059

presse@nature-solidarity.org

<https://nature-solidarity.org/>

nature solidarity e.V.

Sophienstraße 14

10178 Berlin